

IHRE FRAGE ZUM KLIMA

Das Thema Klimaschutz betrifft uns alle. Uns steht ein großer Umbruch bevor. Natürlich gibt es wie bei jedem Umbruch Beharrungskräfte, Widerstände und vor allem viele, viele Fragen: Ist es wirklich nötig, dass wir unsere Lebensweise verändern?

Das Thema hat unzählige Facetten, angefangen bei der konkreten Stromrechnung, mit der jeder Mensch in Deutschland den Ausbau der erneuerbaren Energien via EEG-Umlage mitfinanziert. Wie funktioniert der Handel mit Emissionszertifikaten? Dürfen wir kein Fleisch mehr essen? Kaufe ich mir jetzt einen Stromer, oder warte ich, bis die Wasserstofftechnologie so weit ist? Die Unsicherheit ist groß. Welche Fragen treiben Sie in diesem Zusammenhang um? Stellen Sie uns diese Fragen! Lesen Sie dazu auch frblog.de/klimastreik-2 Ihr Bronski



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Gruselige Vorstellung

Zu: „400 000 Knöllchen für Falschparker“, FR-Regional vom 1.11.

Mich hat das kalte Entsetzen gepackt, als ich gelesen habe, dass Horst Reschke (AfD Frankfurt) vorschlägt, die Falschparker sollten die Gerichte blockieren. Unverantwortlich. Nicht derjenige, der meldet, ist der Böse, sondern derjenige, der sich nicht an die Regeln hält. Was für ein Demokratieverständnis! Keinerlei Verantwortung gegenüber den überlasteten Gerichten. Welche Verantwortungslosigkeit, so etwas heraus zu posaunen. Und so einer war mal Polizeihauptkommissar. Und so einer ist „Mitglied des Ausschusses für Recht, Verwaltung und Sicherheit; Mitglied des Verkehrsausschusses.“ Dieser Mensch ist wohl für alle seine Ämter ungeeignet. So einer soll Entscheidungen zum Wohle der Bürger fällen? Gruselig, diese Vorstellung. Und gruselig, dass so jemand mal bei der Polizei gearbeitet hat, und das noch im gehobenen Dienst.

Gabriel Wojcki, Frankfurt

SORRY

In unserer Berichterstattung über die FR-Podiumsdiskussion zu Fortschritt und Problemen der Ganztagschulen („Zu hohe Erwartungen“ vom 8.11., Seite 29) haben wir den Ministerialdirigenten Wolf Schwarz, der für das hessische Kultusministerium auf dem Podium saß, zum CDU-Mitglied gemacht. Er ist jedoch kein CDU-Mitglied. Die Beamten des Ministeriums sind keine politischen Beamten. **Im Macron-Porträt** „Vom Visionär zum Verhinderer“ (11.11., Seite 4) haben wir den Namen des Chronisten, Autor von „Emmanuel der Herrliche“, falsch geschrieben. Er heißt Patrick Rambaud, nicht Rambeau.

Unterwerfung ohne Wenn und Aber

Deutsche Einheit: „Imitationen und Illusionen“, FR-Feuilleton vom 4.11., und zu den Sonderseiten „Brüche“ vom 9. November

Der Zug ist nicht nur abgefahren

Beim Lesen „meiner“ Tageszeitung habe ich mich gedanklich am stärksten mit dem Bericht über das Römerberg-Gespräch befasst. Dabei kam – wie könnte es anders sein – wieder die Erinnerung an die für mich heute wie damals (ich war 52 Jahre alt) – absolut unverständliche, ja irrationale „Entscheidung“ unserer angeblich christlich geführten Regierung hoch, dass das Volk der ohne Blutvergießen untergegangenen Deutschen Demokratischen Republik gezwungen wurde, der Bundesrepublik beizutreten, d.h. sich ihr ohne Wenn und Aber zu unterwerfen. Dass dieser Vorgang nicht ohne Folgen im Bewusstsein oder Unterbewusstsein der Betroffenen geblieben ist, kann keinen vernünftigen Menschen wundern.

Dass Herr Kohl und seine Trabanten zu dem – hier in Betracht stehenden – nach meiner Ansicht bestgeeigneten Zeitpunkt auch verhindert haben, unser Grundgesetz – das ohnehin in manchen Artikeln reformbedürftig war – im beiderseitigen Einvernehmen (d.h. auf Augenhöhe) der Wiedervereinigung folgend sinnvoll anzupassen oder noch besser, eine neue gemeinsame Verfassung zu schaffen, hat selbstverständlich nicht den besten Eindruck bei den Betroffenen hinterlassen und wirkt ganz sicher unterbewusst auch heute noch nach.

Dass die überheblichen Wessis danach noch viele – weitestgehend vom Kapitalismus geprägten Fehler und Mängel – im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu verantworten haben oder hätten, muss eigentlich nicht mehr besonders betont werden. Da ist wohl der Zug nicht nur bereits abgefahren, sondern im Tunnel der christlichen Gegenwart verschwunden bzw. untergegangen.

Helmut Seipp, Hofheim

Was im Gedenken immer noch fehlt

Sicherlich war die Zeit der innerdeutschen Grenze ein schwarzes Kapitel in der deutschen Historie. Man sollte nie vergessen, dass physische Grenzen nicht nur Länder in territorialer Hinsicht trennen, hier werden auch Menschen, Famili-



Feuerwerk bei der Einheitsfeier am Brandenburger Tor.

DPA

en und auch Schicksale voneinander getrennt. Was allerdings bedauerlich ist und einer nicht-objektiven Geschichtsschreibung entspricht, dass die Ursache nicht in der Politik des Sozialismus und der Politik der DDR entspringt, sondern hier sollte vielmehr erwähnt werden, dass der Hauptverursacher die deutsche Geschichte vor 1961 und vor 1945 ist. Es war die Regierung des deutschen Reiches mit seinem Vernichtungskrieg gegen die geschundene Sowjetunion und Polen, Deutschland war in diesem Krieg unterlegen.

Was bedauerlich ist, dass der damalige Kanzler Adenauer sowie die erhebliche Menge an Nazis in der CDU in einer recht überheblichen Art und Weise Stalin gegenübertrat. Es gehört zu einer korrekten Geschichtsschreibung, dies in die Feiern des Mauerfalls einfließen zu lassen und der betroffenen Nachkriegsgeneration vor Augen zu führen, um gegen den neu aufblühenden Neofaschismus vorzugehen. Ebenso sollte dem aufflammenden Neo-Nationalismus klargemacht werden, dass deren Politik schon einmal die Ursache für Krieg und Vertreibung sowie einer Flüchtlingswelle war.

Georg Dovermann, Bonn

Ich bekam vom Mauerfall absolut nichts mit

Wie schön zu lesen, dass das Jahrhundertereignis auch an anderen komplett vorbeigegangen ist. Bei mir war große Sorge um meine Jüngste angesagt. Geboren Ende Juli 1989, bekam sie Keuchhusten, den die beiden Geschwister aus dem Kindergarten

mitgebracht hatten. Es bestand Lebensgefahr, wir mussten ins Krankenhaus. Im Vorbeigehen las ich ab und zu Schlagzeilen der „Bild“. Die hielt ich für die üblichen Übertreibungen. So bekam ich von der Nacht des Mauerfalls absolut nichts mit. Aus der Klinik fuhr ich am nächsten Morgen zur Arbeit. Ich war Dozentin, und als ich bei meinen Studenten ankam, meinten die nur „Sie wollen doch wohl heute keinen Unterricht machen?“ Ich fragte verblüfft „Warum nicht?“ Unglaublich für eine immer politisch hochgradig interessierte Politologin. Gabriele Schreib, Strande

Nachdenken über die Ursachen der Teilung

Danke für die hervorragenden Artikel und das Interview mit Oskar Lafontaine. Zum historischen Aspekt bei Charlotte Jahnz möchte ich bemerken: Im Vergleich zu Frankreich und England ist Deutschland eine sehr junge Nation. Anlässlich des siegreichen Kriegs gegen Frankreich 1871 zur Nation geworden, hat es sich im ersten Jahrhundert seines Lebens vor allem durch zwei Weltkriege bemerkbar gemacht. 1989 kam das erste positive Ereignis: die Wiedervereinigung! Da kann man erwarten, dass das wiedervereinigte Volk über die Ursachen dieser Trennung nachdenkt, sich offiziell entschuldigt und Völker respektiert, indem wir aufhören, ihre Wirtschaft und Landwirtschaft mit unseren massiven, billigen Fleischexporten zu zerstören. An die Arbeit!

Jacqueline Walter, Sinzheim

Diskussion: frblog.de/einheit-3

Was den Menschen gegen den Strich geht

Zu: „Kritik an Altmaiers Wahlrechts-Vorstoß“, FR-Politik vom 8. November

Herr Altmaier und viele andere wissen nicht, von was sie sprechen: Es ist nicht Politikverdrossenheit, sondern Politikerverdrossenheit. Den Menschen gehen die immer wieder auftretenden Versprechen, Verträge und die offensichtliche Selbstbedienung am Staat gegen den Strich. Das fängt an bei der Postenschieberei (Pofalla zur Bahn) bis zu Ministern, die nichts auf die Reihe bringen: vormals von der Leyen und Dörndt, jetzt

AKK und Klöckner, um nur einige zu nennen. Und das setzt sich ja oft auf Landesebene fort.

Die Verkleinerung des Parlamentes wird doch gerade durch die Union verhindert, weil man dadurch Sitze im Bundestag verlieren würde. Auch eine Anpassung der Abgeordnetenversorgung ist durchaus angebracht, die regelmäßigen Erhöhungen sind nicht zu akzeptieren. Und die Parteienfinanzierung muss geprüft werden, vor allem die

Finanzierung der parteinahen Stiftungen gehört abgeschafft!

Das Thema Rente ist reiner Sprengstoff: Gerade die heute um die 20 Jahre alten Menschen werden wohl alle zu Armutsrentnern (es sei denn, sie sind in der Politik tätig). Es ist zu überlegen, ob man sich einmal mit einer Maschinensteuer beschäftigen sollte. Eine Anhebung der Erbschaftsteuer und die Vermögenssteuer sollte kein Tabu sein. Albert Henkel, Wehrheim